

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint

wöchentlich jeden
Sonnabend.

Jährlich
52 Nummern.

Abonnements

nehmen alle Post-
anstalten entgegen.

Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:

Berlin N. 37, Metzger StraÙe No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:

Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluss:

Jeden Dienstag Morgen.

Die politische Organisation der Arbeitgeber.

Seit Jahresfrist arbeiten die Drahtzieher der Unternehmer offen und im geheimen an einem Werk, das nichts mehr und nichts weniger bezweckt, als die vollständige Eroberung der politischen Macht und damit die Rechtlosmachung der gesamten Arbeiterschaft.

Die sozialpolitischen Maßnahmen des Reichstags und der Regierung haben es den Unternehmern angetan; die den Arbeitern bewilligten Rechte in Bezug auf die Wahlen, die Freizügigkeit, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze sind ihnen ein Dorn im Auge. Man möchte alle diese Dinge am liebsten beseitigt wissen, die aufstrebende Arbeiterklasse soll zu Heloten, zu Sklaven gemacht werden, mit denen das Unternehmertum nach Willkür schalten und walten kann.

Aus der Artikelserie, die kürzlich von der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ über die Frage der politischen Organisation der Unternehmer veröffentlicht worden ist, lassen sich diese schwarzen Pläne unschwer herauslesen.

Anfänglich war beabsichtigt, eine reine Arbeitgeberpartei zu gründen, und der sattsam bekannte Generalsekretär der Saarindustrie und Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken Dr. Alexander Tille hat für eine solche Partei mächtig Stimmung gemacht. Der erste Anstoß zur Gründung einer Arbeitgeberpartei ging von Mitgliedern des Metallindustriellenverbandes aus. Kommerzienrat Menk, Altona, der stellvertretende Vorsitzende dieses Verbandes, brachte die Angelegenheit erstmals im März 1909 in einer Ausschußsitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Sprache. Herr Menk hat aber bald erkannt, daß eine reine Arbeitgeberpartei eine Utopie ist, die nie verwirklicht werden kann. Er versandte daher kurze Zeit nach seinem Vortrag an die Ausschußmitglieder ein Schreiben mit der Mitteilung, daß die geplante Organisation der gewerblichen Arbeitgeber nicht auf die Bildung einer neuen politischen Partei abziele. Später erklärte er in der Arbeitgeberzeitung, daß er von vornherein von der Schaffung einer reinen Arbeitgeberpartei Abstand genommen habe, weil andre Berufsstände, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Arbeiter, auch noch keine politischen Parteien gebildet haben.

Aber der Gedanke eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ zum Zweck der Sicherung einer entsprechenden Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften und be-

hufs Gewinnung von Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung wurde eifrig weiter erwogen und bei Groß- und Kleingewerbetreibenden wurde hierfür Stimmung gemacht.

Mit der Devise: „Schutz den Arbeitgebern“ und dem Schlagwort von der angeblich politischen Einflußlosigkeit des Unternehmertums zog man ins Feld, um den Plan seiner Verwirklichung entgegenzuführen. Inwieweit die Saat der Menk, Tille und Konsorten schon Früchte getragen hat, läßt sich heute auch nicht annähernd sagen; sicher ist, daß der Plan weiten Beifall in den Kreisen der Scharfmacher gefunden hat.

Zur Sache bemerkt die Arbeitgeberzeitung in der bereits erwähnten Artikelserie, „daß das Unternehmertum in beispielloser Weise von der Regierung und den Reichstagsparteien mißachtet worden sei, daß diese verletzende Nichtachtung das Ansehen des Unternehmertums in der öffentlichen Meinung herabdrückt und die gewerblichen Interessen der Unternehmer sowie in weiterer Folge auch die nationale Gesamtheit empfindlich schädigt“.

Als Beweis für diese Behauptung wird der Verlauf der Einbringung und Beratung des Arbeitskammerngesetzes ins Feld geführt. Das Blatt orakelt hierüber folgendermaßen:

„Hunderte von Unternehmervereinigungen, die maßgebenden Zentralinstanzen von Handel, Industrie und Gewerbe voran, protestierten einmütig gegen die Annahme des Regierungsentwurfes. Der Reichstag aber geht über diesen Protest zur Tagesordnung über, ohne sich auch nur der Mühe einer Nachprüfung zu unterziehen, und entscheidet sich mit überwältigender Majorität grundsätzlich zugunsten der Vorlage! Heißt es zuviel behaupten, wenn man dieses geflissentliche Übersehen der Gegenmeinung des Unternehmertums für durchaus geeignet zur Verbreitung der Annahme erklärt, daß die gesetzgebenden Körperschaften den Wünschen des Unternehmertums nur darum keine Beachtung zuteil werden lassen, weil ihnen von vornherein jede sachliche Berechtigung abzusprechen ist?“

Schrecklich fürwahr, daß die Unternehmer in dieser Frage garnicht gehört worden sind. Das ist aber nicht alles. Der Monolog der Arbeitgeberzeitung geht noch weiter mit folgenden schönen Sätzen:

„Aber das Arbeitskammerngesetz war nur eins von den vielen Kapiteln, in denen mit Frakturschrift die gleiche nichtachtende Behandlung der Arbeitgeber zum Ausdruck gebracht wurde. Ebenso stand es in der Tat noch jedesmal, wenn der Reichstag über sozialpoli-

tische Angelegenheiten zu beraten hatte, so, um nur einige besonders markante Vorfälle der letzten Zeit zu rekapitulieren, gelegentlich der Verhandlungen über die Gewerbegesetznovelle, über die Einführung von Arbeiterkontrolleuren, über den Tarifzwang bei der Erteilung staatlicher Aufträge.

Nun dürfte es sich obendrein ereignen, daß binnen absehbarer Zeit dieser Reigen sozialpolitischer Experimente, die man zwar auf Kosten, andererseits aber ohne jede Befragung des Unternehmertums unternimmt, noch insofern eine wesentliche Ergänzung erhält, als sich aus der Einführung der Arbeitskammern nach Maßgabe der amtlichen Begründung des Gesetzentwurfes unbedingt eine Anzahl weiterer Anlässe zu gesetzgeberischer Betätigung des Reichsparlaments auf sozialpolitischem Gebiet herausbilden müssen. Kann man es den Arbeitgebern angesichts dessen wirklich zumuten, daß sie nach wie vor, trotz aller Enttäuschungen, ihr Vertrauen darauf setzen, daß die Reichstagsparteien ihrer Interessen sich schon zur Genüge annehmen werden? Ist es nicht vielmehr ihr gutes Recht, ja ihre patriotische Pflicht, sich endlich zu selbständigem Handeln aufzuraffen, und in aller Öffentlichkeit darzutun, daß sie es müde sind, noch länger zum Spielball parteipolitischer Spekulationen zu dienen?“

Kann eine Sache auch noch demagogischer hingestellt werden, als es hier durch die Arbeitgeberzeitung geschieht?

Zunächst ist die Verbindung des Unternehmerinteresses mit den nationalen Gesamtinteressen eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. Ein Klassenstaat, wie ihn Deutschland darstellt, kennt überhaupt kein nationales Gesamtinteresse, sondern nur einander direkt entgegenstehende Klasseninteressen, und den Unternehmern fällt es nicht im entferntesten ein, diese Gegensätze auszugleichen. Man will lediglich eine wirksame Wahrnehmung der besonderen kapitalistischen Unternehmerinteressen und benützt dazu das Schlagwort von den nationalen Interessen.

Wie sieht denn aber eigentlich die Nichtachtung der Unternehmer durch Reichstag und Regierung aus? Zunächst einmal sitzen im Reichstag eine ganze Anzahl von Fabrikanten, Direktoren oder sonstige Vertreter von industriellen Unternehmungen, die sicher nicht gegen ihre eigenen Interessen handeln, dann aber ist doch Tatsache, daß sich fast alle bürgerlichen Parteien als Unternehmerparteien betrachten und betätigen und Stützen des kapitalistischen Klassenstaats sind, der, mit andern Worten, ein Unternehmerstaat ist.

Dementsprechend sind alle Gesetze und Einrichtungen dem Unternehmerinteresse angepaßt, die Zoll- und Handelspolitik wie die Steuerpolitik, die Gewerbeordnung wie das neue Reichsvereinsgesetz, die Justiz, die Polizei, das Militär usw.; dem Interesse des Unternehmers dient auch die soziale Gesetzgebung, über deren Lasten so viel geklagt und „geschwindelt“ wird.

Schließlich aber sind die organisierten Unternehmer von jeher diejenigen gewesen, die ihre Wünsche und Forderungen unter allen Umständen durchsetzen, oder aber wenigstens wirkliche sozialpolitische Forderungen nicht zur Durchführung kommen lassen. Wenn hat denn der verstorbene Minister von Bötticher erklärt: Wir arbeiten ja nur für sie!? In wessen Sinn und Wunsch sind die Puttkammer'schen Streik-erlasse, ist das Sozialistengesetz entstanden!?

Wer hat eine ganze Reihe Minister gestürzt, weil sie sich nicht willfährig genug zeigten!?

Es scheint, daß dem Gedächtnis der Unternehmer etwas aufgehoben werden muß. Im Jahre 1896 mußte der Handelsminister Berlepsch fliegen, weil er den Eingaben des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur Gewerbeordnung und zum Gewerbeberichts-gesetz kein Gehör schenkte. Brefeld, der Nachfolger Berlepschs, war anfangs der Mann der Zentralverbänder, machte sich aber bald mißliebig und mußte Bötticher weichen. Doch auch dieser mußte die Ministerwohnung bald wieder räumen, weil er nach Ansicht der Herren Stumm, Bueck und Genossen die Interessen der Unternehmer gleichfalls nicht energisch genug vertrat.

An seine Stelle trat Posadowsky, der recht war, solange sich seine Anschauungen mit denen von Herr Bueck deckten. Je mehr er als der ehemalige Vertreter der Agrarier und Scharfmacher den Wert der Sozialpolitik erkannte und seine Meinung offen aussprach, um so größer wurde der Riß zwischen Zentralverband und ihm, und schließlich brachten es die

Unternehmer fertig, auch diesen Mißliebigen aus dem Wege zu räumen.

Und wie steht es heute mit dem Minister Bethmann-Hollweg? Können die Unternehmer mit gutem Gewissen sagen, daß er ihren Interessen zuwiderhandelt? Gewiß nicht; denn er ist ein Herz und eine Seele mit ihnen; geht zum christlichen Arbeiterkongreß und predigt Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit, Zufriedenheit; hütet sich aber, in den Zusammenkünften mit dem Zentralverband dasselbe zu tun, sondern preist die segensreiche Wirksamkeit des Zentralverbandes, die doch so oft Ursache zur Unzufriedenheit bei den Arbeitern gewesen ist.

Es kann nicht bestritten werden, daß das Kapital überall herrscht und seinen Einfluß ausübt, sei es nun im Reichstag oder im Bundesrat oder bei den Regierungsbehörden.

Es ist eine unglaubliche — Kühnheit, um keinen andern Ausdruck zu gebrauchen, wenn behauptet wird, daß das deutsche Unternehmertum politisch einflußlos sei und nicht beachtet werde.

Mit wieviel mehr Berechtigung kann diese Behauptung von der Arbeiterklasse aufgestellt werden! Die politische Stellung und erst recht der politische Einfluß der Arbeiter ist viel, sehr viel geringer als der der Unternehmer. In einer Reihe von Staaten ist ihnen durch ein versintflutliches Wahlrecht überhaupt keine Vertretung gesichert. Die sozialdemokratische Partei als numerisch stärkste Partei hat im Reichstag nur 43 Sitze, und das Wahlrecht der Massen ist in vielen Wahlkreisen zu ungunsten der Arbeiter verschoben durch die in sehr ungleichem Tempo erfolgte Bevölkerungszunahme. Und wie sieht es denn mit dem Einfluß der Arbeiter auf die Sozialpolitik aus. In den Berufsgenossenschaften haben sie überhaupt nichts zu sagen, die Vereins- und Versammlungsfreiheit wird ihnen nach Möglichkeit beschnitten, auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes sind sie auf die Gnade der Unternehmer angewiesen, wo es immer nur angeht, werden ihnen Steine

in den Weg gelegt, die ihnen das Dasein verbittern und erschweren und alle wirklichen Fortschritte hemmen.

Aber da hilft alles nichts, die Unternehmer sind nun einmal unzufrieden und der Gedanke der Erringung der politischen Macht ist auch zu schön, um nicht durchgeführt zu werden.

Die Gesetzgebungsmaschine fördert bis jetzt immerhin noch hie und da für die Arbeiter etwas zutage und das muß aufhören.

Der Prüfstein der Unternehmer gegenüber den Kandidaten bei kommenden Wahlen wird also nur noch der sein, ob sie für Arbeiterforderungen an die Gesetzgebung eintreten oder für Unternehmerforderungen, welche letztere aber nichts andres sind als Forderungen auf Raub des Koalitions- und Streikrechts, nach Entrechtung der Arbeiter im Versicherungswesen, nach vollständigem sozialpolitischem Stillstand und brutaler Reaktion, neuen Verfolgungen und Unterdrückungen der Arbeiterschaft auf allen Gebieten.

„Wer nicht mit uns ist, möge sich von andern Leuten in die Parlamente wählen lassen“, sagt Herr Menk vom Zentralverband der Industriellen. Diese Parole müssen auch die Arbeiter befolgen, sie müssen aber ferner doppelte und dreifache Anstrengungen machen, um die Organisation kriegsbereit zu machen. Dann werden sie die auf ihre Versklavung gerichteten Pläne der Unternehmer vereiteln können.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

I.

Von allen Einrichtungen, welche sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zur Förderung ihrer materiellen und geistigen Interessen geschaffen hat, können unzweifelhaft die Gewerkschaftskartelle als eine der wichtigsten bezeichnet werden. Sie bilden in dem organischen Aufbau der Gewerkschaften ein ebenso notwendiges wie nützlich Glied. Ist die Tätigkeit der Kartelle auch örtlich begrenzt, so sind ihnen doch Aufgaben gestellt, deren Erfüllung wesentlich zur äußeren Ausdehnung

Feuilleton.

Stefan vom Grillenhof.

Stefan stand mit seinen Kameraden ziemlich außer dem Dorfe, hinter einer kleinen Kapelle. Sie befanden sich auf einer Erhöhung und hatten von hier aus den freien Ausblick gegen die vor ihnen liegenden Felder; aber die gewaltigen Rauchmassen, welche durch den Nebel niedergehalten wurden, gestatteten ihnen nicht, die Bewegungen der Feinde zu verfolgen. Sie vermochten nicht zu unterscheiden, ob sie noch jenseits des Flusses standen oder ob sie ihn bereits überschritten und allmählich gegen sie heranrückten. Sie hofften das letztere. In fiebernder Ungeduld standen diese armen Burschen da; sie sahen rechts und links die durch Granatsplitter verursachten Verstümmelungen ihrer Kameraden, sie sahen sie fallen, hörten ihren Wehruf, ihr Todesröcheln, und mußten auf ihren Plätzen verharren, ruhig sich verhalten, wie Bildsäulen dastehen, ohne sich zu rühren, während doch ihre Herzen wahn sinnig klopfen, während alle ihre Pulse schlugen und ihre Körper zitterten vor Wut und Aufregung.

Stefan stampfte mit den Füßen auf den Boden. „Wenn wir noch eine Viertelstunde hier stehen bleiben müssen“, sagte er zu Sepp, der jetzt neben ihm sich befand, „so werden wir alle niederkartätscht sein; wie Hunde werden wir niedergeschossen sein, ohne uns verteidigt zu haben.“

Sepp, der den Czako vom Kopfe geworfen, faßte mit der einen Hand nach seinem dichten, struppigen Haar, und es in einen Schopf zusammenfassend, beutelte er daran mit unbarmherziger Heftigkeit. „Steffel“, rief er, „mir druckt's die Seel' ab, Steffel, wenn ich so elendiglich krepieren müß', eh' ich's denen da drüben heimgezählt hab' — 's wär' schrecklich! 's wär' das Härteste, was mich

treffen könnt', wenn ich sie nüt unter meine Faust' krieg'; aber wenn — dann g'freu dich, Preuß! Meinewegen soll ich umgebracht werden, aber eher will ich euch umbringen, je mehr desto besser!“

In dem Augenblick stieß Stefan einen Schrei aus; eine Granate kam geflogen, er sah hinüber nach dem nahen Gehölze, wo Hans mit einer Anzahl Leute Posto gefaßt, — dort, dort mußte sie einschlagen. Ein Krach erfolgte, Staub und Sand wirbelte auf — hier war explodiert, die Splitter flogen auseinander, Tod und entsetzliche Wunden erteilend. Ein Gebrüll erfolgte, dann wurde es einen Augenblick ganz ruhig. Stefan sah mit unendlicher Bangigkeit nach seinem Leutnant. Er stand, er war unversehrt, er beugte sich zu einem Kameraden nieder, der minder glücklich war. Wieder donnerten die Kanonen. Die Mannschaft war kaum mehr zu halten; sie schrien, sie knirschten mit den Zähnen, sie zeigten sich aufs höchste erbittert; die Offiziere mußten all ihre Autorität aufwenden, damit sie nicht blindlings den Feinden entgegenstürzten. Sie hielten es in dieser entsetzlichen Untätigkeit nicht mehr aus, sie wollten zum Dreinhauen kommen. Aber es durfte nicht sein; wenigstens war der Augenblick dazu noch nicht gekommen. Die Offiziere hatten ihre Weisung vom Stabe, das Terrain müsse behauptet werden, es koste, was es wolle.

Indes wurde die preußische Kanonade immer heftiger, sie hatte noch Verstärkung erhalten. Während dieser Kanonade und unter dem Schutze der dichten Rauchwolken war es den Preußen gelungen, ihre Infanterie vorzuschieben; sie hatte den Fluß übersetzt und eine bequeme gelegene Bodenerhöhung erreicht, wo sie sich vor dem Feuer der österreichischen Artillerie zu decken wußte. Die feindliche Artillerie rückte nun gleichfalls vor. Einige Batterien der österreichischen waren ungünstig plaziert, sodaß sie dieses Vorrücken nicht verhindern konnten; ja, sie fanden sich bald selbst genötigt, zurückzuweichen. Indes kamen die preu-

bischen Kolonnen, von Tirailleuren gedeckt, stetig vorwärts. Jetzt sah man sie über das Feld heranstürmen, jetzt hatten sie das Wäldchen erreicht — der Zusammenstoß mußte erfolgen. Endlich, endlich sollte es zum Kampf kommen, zum Handgemenge, — der langersehnte Augenblick der Wiedervergeltung war gekommen. Ein Brüllen, ein Toben brach los, — die niedergehaltene Wut, sie sollte sich jetzt in ihrer ganzen Schrecklichkeit offenbaren! —

Es war Mittag geworden. Der Kampf war auf der ganzen Linie entbrannt. Fast alle Regimenter waren schon im Treffen. Die blitzenden Klingen und Bajonette, die Musik, das Brüllen und Schreien, die flatternden Fahnen, die schnaubenden Rosse, alles wogte gleich wildempörten Fluten durcheinander. Die Dampf Wolken, durch den Nebel zu Boden gehalten, verhüllten alles minutenlang, aber sobald der Schleier riß, sah man diese Menschen in Bestien umgewandelt, von Mordlust entbrannt, und den Tod in tausendfältiger Gestalt rund um sie herum.

* * *

Wir entnehmen diese Skizze dem Roman „Stefan vom Grillenhof“, der zuerst im Jahre 1879 im Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ veröffentlicht wurde und der vom 1. Juli ab in der Wochenschrift „In Freien Stunden“ (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68) zum Abdruck kommt. Der Roman fand seinerzeit den begeistertsten Beifall nicht nur unsrer jüngeren Parteigenossen, sondern auch namentlich den der Frauenwelt. Genossin Kautsky, die Verfasserin dieses Romans, ist die Mutter unsres Theoretikers. Die heute 72jährige Autorin hat ein reiches Leben hinter sich. Ein innerlich reiches Leben und reich an äußeren Ereignissen — nicht reich im materiellen Sinne. Denn die Sorgen und Nöte des Daseins hat Minna Kautsky in reichlichem Maße kennen gelernt. Als Kind, als jungverheiratete Schauspieler, als Gattin eines Künstlers und Mutter. Ein körperliches Leiden, das später be-

und inneren Festigung der Gewerkschaftsbewegung beitragen muß.

Es ist deshalb erfreulich, wenn eine weitere, erhebliche Vermehrung der Kartelle seit dem letzten Berichtsjahr eingetreten ist. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden 587, am Ende des Jahres 1908 dagegen 623 Kartelle, das ist eine Vermehrung um 36. Die Zahl der neugegründeten Gewerkschaftskartelle ist allerdings noch eine höhere. Diese kommt jedoch bei dem Endergebnis nicht zur vollen Geltung, weil von dem Kartellbestande des Jahres 1907 leider 15 gestrichen werden mußten.

Von den 623 Kartellen beteiligten sich 606 = 97,27 Proz. an der Berichterstattung. Die Zahl der berichtenden Kartelle im Jahre 1907 betrug 558 = 95,06 Proz. Von allen früheren Berichtsjahren weist das Jahr 1908 die höchste prozentuale Beteiligungsziffer auf.

Den 606 an der Statistik beteiligten Kartellen sind angeschlossen 8437 Gewerkschaften mit 1560896 Mitgliedern. Davon sind Zweigvereine von den Generalkommission angeschlossen Zentralverbänden 8400, die zusammen 1555101 Mitglieder zählen. Im Jahre 1907 wurden 7720 Zweigvereine mit zusammen 1590063 Mitgliedern als den Kartellen angeschlossen gezählt. Es ist demnach gegenüber dem Jahre 1907 eine Erhöhung der Zahl der angeschlossen Zweigvereine um 680 eingetreten, dagegen hat sich der Mitgliederstand der angeschlossen Zweigvereine um 34962 verringert. Die höhere Zahl der Zweigvereine findet ihre genügende Erklärung darin, daß an der diesjährigen Statistik 48 Kartelle mehr beteiligt sind, darunter eine Anzahl größerer, die in der Statistik des Jahres 1907 fehlten. Die trotz der erhöhten Beteiligungsziffer an der Statistik stattgefundene Verminderung der den Kartellen angeschlossen Mitglieder der Zentralverbände kann nur auf einen bei diesen eingetretenen Mitgliederverlust zurückgeführt werden. Die anhaltende wirtschaftliche Krise, die mit voller Schwere auf der Arbeiterklasse lastet, diese zu einem hohen Maß unverschuldeter Arbeitslosigkeit verdammt und damit für das werktätige Volk zu einer Quelle vermehrter Not und Entbehrung wird, kann schließlich nicht ohne schädigenden Einfluß auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften bleiben. Bei alledem muß jedoch anerkannt werden, daß die Gewerkschaften sich der gegenwärtigen Krise gegenüber bedeutend widerstandsfähiger erweisen, als es bei früheren gleichen Perioden der Fall war. Diese größere Widerstandsfähigkeit ist nicht allein dem Ausbau des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften zuzuschreiben, sondern muß in noch weit höherem Grade auf das Konto der Vertiefung und Festigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen bei den Arbeitern gesetzt werden.

hoben wurde, entfremdete sie der Bühne; ihre künstlerischen Anlagen äußerten sich dann im dichterischen Schaffen. Gemeinsame Studien mit ihrem Sohne Karl führten sie zum Sozialismus. Die Beschäftigung mit der Frauenfrage und naturwissenschaftliche Studien gingen nebeneinander. Bei einem Erholungsaufenthalt in Hallstadt lernte sie die Arbeiterin im Salzkammergut und den berühmten Bauernphilosophen Konrad Deubler kennen, der dort eine vielgehaßte und später mit einer langjährigen Kerkerstrafe geächtete Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft betrieb. So vereinigete sich alles, um der Verfasserin dieses Romans eine tiefe Erkenntnis, umfassende Erfahrung und jenen freudigen Arbeitswillen zu geben, der an der Zukunft schafft, indem er uns die Torheit und Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Zustände vor Augen stellt.

Wir können unsern Lesern die Lektüre des Romans bestens empfehlen. „In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich zum Preise von 10 Pfg. und ist durch alle Zeitungsausträger und Kolporteurs zu beziehen.

— Meyers Großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. Mehr als 158 000 Artikel und Verweisungen auf 19 622 Seiten Text mit 17 673 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf 1611 Bildertafeln (darunter 188 Farbendrucktafeln und 355 selbständige Kartenbeilagen) sowie 176 Textbeilagen. 20 Bände und 10 Ergänzungsband in Halbleder gebunden zu je 10 Mark oder in Prachtband zu je 12 Mark. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien. — Als im Herbst vorigen Jahres der „Große Meyer“ mit dem XX. Bande seinen Abschluß fand, stellte der berühmte Verlag das Erscheinen eines Ergänzungsbandes in Aussicht, der alles das in sich aufnehmen sollte, was seit Beginn der sechsten

Die Entwicklung der Kartelle seit dem Jahre 1901, nach ihrer Zahl und den ihnen angeschlossenen Organisationen und Mitgliedern, wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Jahr	Berichtet ist von		Zahl der				Lokalvereine sind	
	Kartellen	Prozent aller Kartelle	angeschlossenen Gewerksch.	Mitglieder	nicht angeschlossenen Gewerksch.	in Kartellen insgesamt	mit Mitgliedern	
1901	319	90,00	3995	481 718	328	28	58	10 572
1902	365	93,00	4742	614 722	339	36	84	12 598
1903	387	93,50	5207	758 723	312	30	60	9 241
1904	405	93,50	5559	924 026	348	25	44	9 824
1905	465	96,90	6495	1 180 940	363	18	41	16 870
1906	526	95,10	7390	1 500 206	400	13	35	4 245
1907	558	95,06	7777	1 596 409	396	12	12	1 337
1908	606	97,27	8438	1 560 896	394	—	—	—

Außer den Zweigvereinen der Zentralverbände gehörten im Jahre 1908 den 606 Kartellen noch 37 Organisationen mit zusammen 5795 Mitgliedern an, die der Generalkommission der Gewerkschaften nicht angeschlossen waren. Darunter sind noch mitgezählt: 8 Vereine der Dienstboten und Hausangestellten mit 4442 Mitgliedern und 4 Zweigvereine des Verbandes der Isolierer mit 240 Mitgliedern. Diese Organisationen haben sich nunmehr der Generalkommission angeschlossen. Die Vereine der Dienstboten und Hausangestellten sind seit dem 1. April d. J. zu einem Zentralverband vereinigt.

Die noch bis zum Jahre 1907 den Kartellen angeschlossen gewesenen Lokalorganisationen sind aus der vorliegenden Statistik vollständig verschwunden. Soweit nicht nach den Beschlüssen der Parteitage von Mannheim und Nürnberg der Übertritt dieser Organisationen zu den zuständigen Zentralverbänden geschlossen erfolgte, sind die verbliebenen Reste teils freiwillig aus den Kartellen ausgetreten, teils von diesen ausgeschlossen worden. Die Remscheider lokalorganisierten Feilenarbeiter sind zu den zuständigen Zentralverbänden der Metall- und Holzarbeiter übergetreten. Anlässlich der mit dem Metallarbeiterverband stattgefundenen Differenzen ist auch der Solinger Lokalverband der Stahlwarenarbeiter aus dem dortigen Kartell ausgeschieden.

Die Kartelle, denen bis 15 Organisationen angeschlossen sind, haben sich von 382 auf 419 vermehrt. Eine weitere Vermehrung der Kartelle von 59 auf 71 ist dann noch eingetreten bei der Gruppe, welcher 21—30 Organisationen angehören. Berechnet nach der Zahl der angeschlossenen Mitglieder, ist die erheblichste Vermehrung bei den Kartellen eingetreten, die bis 1000 Mitglieder zählen. Ihre Zahl erhöhte sich von 330 auf 384. Aus der Gegenüber-

stellung dieser Zahlen geht hervor, daß der größte Anteil an der Vermehrung der Kartelle auf die kleineren entfällt. Bei dem noch vorhandenen Rekrutierungsgebiet der Kartelle kann es sich in der Hauptsache auch nur um kleinere Orte handeln, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit erst erschlossen werden müssen. Die übrigen seit dem Jahre 1907 eingetretenen Änderungen in der Zahl der Kartelle nach deren Größenverhältnissen sind nicht von Belang.

Von den Kartellen, die 1907 über 25000 Mitglieder hatten, sind zwei durch Mitgliederverluste aus dieser Klasse ausgeschieden. Es sind dieses die Kartelle Bremen mit einem Verlust von 2219 und Breslau mit einem Verlust von 3290 Mitgliedern. Von den Kartellen, denen gegenwärtig noch über 25000 Mitglieder angeschlossen sind, haben noch Mitgliederverluste gegenüber dem Jahre 1907: Berlin 11263, Frankfurt a. M. 4336, Hamburg 2559, Leipzig 748 und Stuttgart 692. Bei allen 7 Orten zusammen ein Verlust von 25 107 Mitgliedern.

C. Herrmann.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Nach einer aus den Jahresberichten und Abrechnungen der einzelnen Verbände gewonnenen Zusammenstellung — die eigentliche Organisationsstatistik der Generalkommission folgt erst demnächst — haben die Gewerkschaften eine absolute Abnahme von 72,284 Mitgliedern für das Jahr 1908 zu verzeichnen. Die diesmalige Krise hat darnach weit schärfer auf die Gewerkschaften eingewirkt als die letzte Wirtschaftskrise 1900/02. Damals trat in einem Krisenjahre ein Rückgang ein; aber er betrug (1901) im Jahresdurchschnitt nur rund 3000 Mitglieder. Dagegen waren 1900 sowohl wie 1902 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Ähnlich so scheint die diesmalige Krisenperiode zu verlaufen. Im ersten Krisenjahre (1907) hatten die Gewerkschaften von Jahresschluß zu Jahresschluß eine Mitgliederzunahme von 73 853. Im Jahre 1908 ist im vierten Quartal ein Rückgang von 72 284 Mitgliedern gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres zu verzeichnen.

Welchen Einfluß die Krise auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften hat, dafür ist geradezu typisch der Rückgang der Mitglieder in den Baugewerksorganisationen; sie allein haben 37 718 Mitglieder verloren, darunter die Maurer 17 449, die Bauhilfsarbeiter 15 789; die Zimmerer verloren nur 4172 Mitglieder. Geringere Verluste in absoluten Zahlen hatten die kleineren Gewerkschaften der Dachdecker und Stukkateure, während die Steinsetzer ihre Mitgliederzahl ziemlich hielten, die

Auflage an Neuerungen, Veränderungen und Berichtigungen nachzutragen war. Bedenkt man, daß der Inhalt eines so außerordentlich vielseitigen Nachschlagewerkes, das zu seiner Vollendung fast sechs Jahre bedurfte, fortwährender Wandlung unterworfen ist, so wird jedem die Notwendigkeit einer solchen Fortführung ohne weiteres einleuchten. Nun liegt diese als XXI. Band mit dem Umfang von 1029 Seiten in der gleichen würdigen Ausstattung wie das Hauptwerk vor. Seinen wesentlichen Inhalt bilden längere oder kürzere Artikel über Staatengeschichte, neue Entdeckungen und Erfindungen, Umgestaltungen in Gesetzgebung und Militärwesen, über die Fortschritte der Kolonien, die Ergebnisse neuer Forschungen auf allen Wissenszweigen, wichtige Forschungsreisen, neue Volkszählungen, die Bewegung auf den Gebieten der bildenden Künste. Ferner enthält er einen vollständigen Nekrolog und neue Biographien von zeitgenössischen Politikern, Gelehrten, Forschungsreisenden, Künstlern, Technikern, behandelt alle gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen und bringt endlich eine planmäßige Ergänzung der statistischen Angaben sowie weitere nützliche Zusammenstellungen als: Literaturübersichten, Pseudonyme, neue Opern usw. Die Vieltätigkeit der Materie macht es schwer, den Inhalt des Bandes erschöpfend zu charakterisieren. Wir greifen deshalb einige Beispiele heraus und nennen aus der modernen Staatengeschichte den fast 19 Spalten langen Artikel „Deutsches Reich“, aus volkswirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet die Artikel: „Arbeiterkammer“, „Arbeiterversicherung“, „Arbeitslohn“, „Arbeitsnachweis“, „Erbchaftsteuer“, „Genossenschaften“, „Handwerkerorganisation“, „Frauenfrage“, „Multimillionäre“, „Mutterschaftsversicherung“, „Reichsfinanzreform“, „Wohltätigkeitsbestrebungen“. Unter „Koeduktion“ und „Mädchenschulwesen“ begegnen wir sehr wertvollen Ausführungen über diese jetzt so aktuellen Unterrichtsfragen, denen wir aus der Heilkunde Abhandlungen gegenüberstellen möchten, wie: „Arteriosklerose“, „Elektrotherapie“, „Krebs“, „Schlafkrankheit“, „Wurm-

krankheit“. Über die Fortschritte des modernen Verkehrswesens orientieren vortrefflich die Artikel: „Ballonschiffe“, „Fernsprecher“, „Militärverkehrswesen“, „Rohrposteinrichtung“, „Telegraph“, „Unterseeische Eisenbahnen“. Auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiete geben z. B. die Artikel „Dampfturbinen“, „Elektrotechnik“, „Drahtlose Telegraphie“, „Perlenbildung“, „Photographie“, „Radioaktivität“, „Städtebau“, „Ausnutzung der Wasserkräfte“. Das beste Zeugnis von dem Bestreben der Redaktion, das Werk auf gleicher Höhe mit der Entwicklung dieser Wissenschaften zu erhalten, Eine umfassende Bereicherung hat das Fach des Kunstgewerbes erfahren, wie die zumteil von Tafeln begleiteten Artikel „Batikdruck“, „Moderne Goldschmiedekunst“, „Raumkunst“, „Volkskunst“, „Zeugdruck“ beweisen. Auf der gleichen Höhe der Vollendung wie der Text, bei dem Sachlichkeit der Darstellung und Beherrschung des Stoffes miteinander wetteifern, steht die Illustration des Bandes, der über 800 Abbildungen, Karten und Pläne im Text und auf 89 Tafeln (darunter 8 farbige und 12 selbständige Karten) sowie 16 Textbeilagen aufweist. Hier nennen wir die farbenprächtigen Tafeln „Schmetterlinge“, „Teppiche“, „Kunstglasuren“ und „Zur Geschichte der Uniformen“; ferner die einfarbigen Tafeln „Brücken“, die eine kunstgeschichtliche Ergänzung zu den Konstruktionstafeln des Hauptwerkes bilden, „Rathäuser“, „Stadttore“, „Schulhäuser“, „Haustiere der Kolonien“, „Kaninchen“, „Dampfturbinen“, „Neue Geschütze“, „Luftschiffahrt“. Von den Karten interessieren besonders die Karten „Kali-Lagerstätten in Deutschland“, „Verbreitung der Deutschen im Ausland“, „Währungskarte der Erde“. Wir sehen in dem Ergänzungsband eine vortreffliche Leistung, durch die der „Große Meyer“ bis auf die unmittelbare Gegenwart fortgeführt und vervollständigt wird, und empfehlen jedem Besitzer des Hauptwerkes angelegentlich seine Anschaffung.

Maler sogar eine Zunahme von rund 500 zu verzeichnen haben. Außer im Baugewerbe war der Mitgliederverlust im Textilgewerbe am größten; die Textilarbeiterorganisation verlor 23 320 Mitglieder. Beide genannten Industriegruppen tragen demnach von der verminderten Mitgliederzahl von 72 284 allein rund 61 000. In der Metallindustrie hat der Metallarbeiterverband mit 362 073 Mitgliedern seinen Mitgliederbestand so ziemlich gehalten. Der Schmiedeverband hatte einen Verlust von 1351 Mitgliedern, während die Maschinisten, Kupferschmiede und Schiffszimmerer kleine Zunahmen zu verzeichnen haben. Im Handels- und Transportgewerbe ist ein Mitgliederrückgang von 1156 zu verzeichnen. Die Bergarbeiter beziern bei einer Mitgliederzunahme von rund 1000 ihre Mitgliederzahl auf 112 513. Größere Mitgliederverluste zählt noch die Bekleidungsindustrie mit 3778, die Holzindustrie mit 4579, die Industrie der Steine und Erden mit 6576 Mitgliedern. Am besten haben sich die polygraphischen Gewerbe und die sonstigen Berufe gehalten, die eine nicht unbedeutende Zunahme aufweisen. Anzunehmen ist hier, daß der gute Ausbau der Organisation und die allgemeine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses im Buchdruck-, sowie im Lithographie- und Steindruckgewerbe dazu beigetragen hat.

Die Ergebnisse des Krisenjahres 1908 sind trotz der immerhin erheblichen Mitgliederabnahme keineswegs niederdrückend. Bei dem großen Zustrom der Mitglieder in den vorausgegangenen Jahren war es selbstverständlich nicht möglich, diesen Mitgliederstand in dem vorausgegangenen Krisenjahre zu halten. Wenn trotzdem relativ eigentlich ein geringer Mitgliederabgang eintrat, so zeugt dies von einer großen Festigkeit der Gewerkschaften.

Das Jahr 1909 läßt eine allgemeine Aufwärtsbewegung erhoffen. Zeigen doch die vorliegenden Abrechnungen von fünf Verbänden für das erste Quartal eine Mitgliederzunahme. Rege Agitation aller Gewerkschaftsmitglieder wird dazu beitragen, die Scharte, die das Krisenjahr 1908 den deutschen Gewerkschaften geschlagen hat, nicht nur auszuwetzen, sondern die Reihen zu verstärken und die Schlagfertigkeit unsrer Gewerkschaften zu erhöhen.

Nachträglich eingelaufene Anträge zur Generalversammlung.

98. Stuttgart. Mit dem Sitz in Stuttgart wird ein siebenter Agitationsbezirk gebildet; dieser umfaßt das Königreich Württemberg.

Zu den Generalversammlungsanträgen.

Zu den Ausführungen der Redaktion unsrer Zeitung in der Nummer vom 10. Juli möchte ich mir gestatten, auch einiges anzuführen. Die überwiegende Mehrheit der Hamburger Kollegen steht zu den von der Redaktion besprochenen Anträgen auf dem entgegengesetzten Standpunkt und dürften die Darlegungen über die Ansichten der im Beruf tätigen Kollegen ebenfalls zur Klärung beitragen.

Nach der Ansicht der Redaktion kann die Tagesordnung nicht, wie von Hamburg beantragt, geändert werden, da sie ein organisches Ganzes bildet.

Wir stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß die wichtigste Aufgabe dieser außerordentlichen Generalversammlung der Punkt „Beitrags- und Unterstützungswesen“ ist und daß „Statutenberatung und sonstige Anträge“, die bezwecken, die Organisation endlich einmal auf eine solche finanzielle Basis zu stellen, daß sie in Zukunft jeden Stürmen gewachsen ist, vor allen andern Punkten behandelt werden muß.

Und die Punkte sechs und sieben, „Unsre Forderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung“ und „Internationale Organisation der Gärtner“, die doch nur zur „Begründung“ für die außerordentliche Generalversammlung herangezogen wurden, sollen in der Beratung vor die der außerordentlich wichtigen Anträge gestellt werden? Die Hamburger Kollegen verlangen mit Recht, daß diese nicht etwa in letzter Stunde durchgepeitscht werden.

Nun zu der Frage der Einziehung von zwei Beamtenposten. „Gründlicher und reiflicher Erwägungen“ bedarf es nach Ansicht der Redaktion noch über die Frage der Streichung des zweiten Angestellten im 5. Bezirk. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß man im gegenwärtigen Moment in einem Bezirk, wo zwei Angestellte sind und der zurückgegangen ist, einen streicht. Des ferneren soll leicht nachzuweisen sein, daß in baldiger Zeit der Posten eines Angestellten im 4. Bezirk keine finanzielle Belastung für die Organisation mehr ist. Ja, ist denn nicht jeder Angestellte eine finanzielle

Belastung für die Organisation? Oder ist die Redaktion so genügsam, daß sie zufrieden ist, wenn die Mitglieder eines Bezirks grade das Gehalt ihres Angestellten aufbringen?

Sollte es in München nicht möglich sein, grade so wie in andern Orten mit noch viel größerer Mitgliederzahl (siehe Bremen) die Arbeit von beruflich tätigen Kollegen machen zu lassen? Es ist einfach nicht mehr möglich, den Kollegen klar zu machen, daß es nötig ist, bei einer Organisation von 5000 Mitgliedern und einer Einnahme von rund 100 000 Mark neun Angestellte mit einem Gesamtgehalt von 18 000 Mark auf die Dauer zu halten. Hierüber die Stimmung der Hamburger Kollegen kennen zu lernen, wäre für die Redaktion m. E. sehr wertvoll. Hamburgs Anträge, die gestellt worden sind, um nicht nur Kritik zu üben seitens Hamburg, sondern mitzuraten an der Organisation unsres Vereins, sollen nach Ansicht der Redaktion von kleinlichen Gesichtspunkten aus gestellt sein. Hamburgs Anträge sollen angeblich am falschen Orte sparen wollen. Ich möchte nur wünschen, daß alle Orte von denselben Gesichtspunkten aus geleitet und bearbeitet würden, dann würde es um die Organisation besser stehen. Ist doch grade die Verwaltung unsres Vereins ein Objekt, wo sehr viel Geld gespart werden kann, ohne daß man „kleinlich“ wird.

Die beantragte Einschränkung des Umfangs der Zeitung soll so eine „kleinliche“ Maßnahme sein. Hamburgs Kollegen verkennen keinesfalls die Bedeutung der Zeitung für die Organisation, glauben aber es nicht mehr verantworten zu können, grade im Hinblick auf den Kampfcharakter des Vereins, bei dem jetzigen Stande der Organisation die im Verhältnis ungeheure Summe von 13 000 Mark pro Jahr dafür auszugeben. Ausnahmsweise stimme ich mit der Redaktion im folgenden Satze vollkommen überein: „Gewerkschaftliche Organisationen müssen hinsichtlich der Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit mehr von kaufmännischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden.“ Sehr richtig. Nur komme ich zu einem etwas andern Schluß als unsre Redaktion. Man würde einen Kaufmann, der im Verhältnis zu seinem Umsatz viel zu viel Angestellte beschäftigt, der 40 Proz. seiner Gesamteinnahme für Gehälter, Reklame und Verwaltung ausgibt, und grade deshalb nicht vorwärts kommt, man würde ihn für verrückt erklären. Wir machen es ebenso. Sind wir denn in den letzten beiden Jahren nennenswert vorwärts gekommen? Deshalb müssen wir jetzt an der Verwaltung sparen, wie es jeder kluge Kaufmann machen würde. Man sage aber nicht, daß Hamburg nur Vorschläge macht, wie an der Verwaltung gespart werden kann, aber nicht über den Grundbeitrag von 35 Pfg. hinausgehen will. Das sind nicht kleinliche, sondern mal wieder großzügige Gesichtspunkte, die uns hier leiteten.

Hamburg könnte unbedenklich der Erhöhung auf 40 Pfg. zustimmen. Wir können es tragen ohne weitere Beitragserhöhung. Wir dachten aber an die kleinen Zweigvereine mit ihren jungen, noch unaufgeklärten Mitgliedern. Dieselben müßten, wollten sie grade auskommen, auf 45 Pfg. erhöhen und das wäre in der Agitation ein schweres Hindernis. Eine große Ersparnis würde auch noch der Unterstützungsantrag Hamburg bringen, wo es möglich ist, vom ersten Tage an Geld zu sparen. Nehmen wir alle diese Sparvorschläge zusammen, dann erst wird es möglich sein, einen Kassenbestand zu bekommen, der uns ermöglicht, mit Erfolg an die Hebung der Lage der Gärtnerarbeitnehmer heranzutreten.

Alt. Kummer, Hamburg.

Nachtrag zu vorstehendem Artikel. Wir geben die Ausführungen des Kollegen Kummer, Hamburg, ohne irgendwelche Änderung bekannt.

Wir überlassen es den Mitgliedern, darüber zu entscheiden, ob eine derartige Kritik noch darauf Anspruch hat, als sachlich betrachtet zu werden. Selbst der jüngste Kollege wird entscheiden können, daß eine solche Behandlung wichtiger Organisationsfragen absolut schädlich wirken muß.

Der Hauptvorstand wird seine Meinung bezüglich dieser Kritik und noch so mancher andern Angelegenheit auf der bevorstehenden Generalversammlung gründlich sagen.

Nur einen Punkt wollen wir herausgreifen. Es wird beantragt, daß der Beamtenposten im vierten, dem bayrischen, Bezirk aufgehoben werden soll. Nun habe ich auf der Konferenz des ersten Agitationsbezirks, die in diesem Jahre in Hamburg unter dem Vorsitz des Kollegen Kummer stattfand, genau vorgerechnet, daß der Beamtenposten in Bayern in der jetzigen Form die Organisation nicht mehr belastet, als es früher bei den üblichen Zuschüssen aus Haupt- und Ortskasse der Fall war. Ich nehme an, daß man dieses noch nicht vergessen hat.

Aus München wurde uns schon geschrieben, daß die Münchner Kollegen über den Hamburger Antrag sehr aufgebracht seien und die Durchführung des beschlossenen Beitrages zu 50 Pfg. nun auf Schwierigkeiten stoßen würde. Es ist dies erklärlich. Wir ersuchen aber die Münchner Kollegen, sich zu beruhigen, da die Generalversammlung sicher die Verhältnisse der Gesamtorganisation berücksichtigen wird.

Die Redaktion:

In Vertretung: Georg Schmidt.

Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswesens.

IX.

Für jeden denkenden und weitausschauenden Kollegen war es schon längst klar, daß der Hauptkasse mehr Mittel zugeführt werden müssen, wenn sie in Zukunft ihren Zweck erfüllen soll. Um nun der Hauptkasse Geld zu verschaffen, werden zwei Wege vorgeschlagen, entweder Kürzung der Unterstützungssätze oder Erhöhung des Grundbeitrages um fünf Pfennig. Das Richtige, das die meiste Aussicht auf Erfolg hat, ist unstreitig die Erhöhung des Beitrages. Die Vorlage des Hauptvorstandes ist aber noch keine genügende Entlastung. Einschneidende Verbesserungen auf dem Unterstützungsgebiete würden die Anträge Dresden und Coblenz bringen. Ganz unerklärlich ist es mir, wie bei einer Reduzierung der Sätze noch Anträge eintreffen können, die dem Unterstützungsbezieher noch Gelegenheit geben, mehr herauszuholen, als wie er nur hineinbezahlt. Damit ist dem Mißbrauch unsrer Unterstützungseinrichtungen immer wieder Tür und Tor geöffnet. Ich meine die Anträge Krause-Barmen und Düsseldorf. Wer uns mit 75 Pfg. als Niedrigstsatz nicht treu bleibt, der wird auch fahnenflüchtig, wenn er täglich eine Mark bekommt, und dazu diese Mark noch eine Woche länger. Außerdem sind, wenn wir uns andre Gewerkschaften betrachten, die Gegenleistungen der Hauptkasse eigentlich zu hoch. Jeder mißbräuchlichen Benutzung der Unterstützungseinrichtungen muß unter allen Umständen vorgebeugt werden.

Eine Erhöhung des Grundbeitrages um fünf Pfg. würde die Position aller kleineren Zweigvereine erheblich verschlechtern, namentlich aber in Rheinland-Westfalen. Die Sache liegt so: Die Hauptmacht unsrer Organisation liegt in etwa 9 bis 11 größeren Städten. Wir müssen daher jetzt mit unsrer Agitation mehr in die Provinz, in die Klein- und Landstädtchen, dort kann aber eine Gewerkschaft nur mit möglichst niedrigen Beiträgen festen Fuß fassen, wegen den niedrigen Löhnen. Eine Erhöhung des Grundbeitrages würde uns im zweiten Bezirk die Agitation erheblich erschweren und die direkten Erfolge recht fühlbar herabdrücken. Erhöhung des Grundbeitrages ist für die kleineren Filialen vorläufig undiskutabel. Die Schwierigkeiten in Rheinland-Westfalen hat ja auch Kollege Link-Düsseldorf schon so trefflich geschildert. Desgleichen beweist Kollege Busch mit seinen diesbezüglichen Ausführungen, daß er über die Verhältnisse in den kleineren Zahlstellen gut informiert ist. Charakteristisch ist, daß die Anregungen in der Hauptsache aus Großstädten kommen, Charlottenburg und Stuttgart. Wie nun die Chemnitzer Kollegen dazu kommen, eine Erhöhung des Grundbeitrages zu beantragen, weiß ich nicht. Seit Ihr Großstädter schon jahrelang in einer Provinzstadt tätig gewesen? Habt Ihr schon in einer vom Kleinen beherrschten Gegend jahrelang gekämpft und gestritten und dem Feinde unter großen Opfern jeden Centimeter breit Boden abgetrotzt? Ich glaube es nicht, sonst würdet Ihr diesen Vorschlag nicht machen. Außerdem müssen viele kleinere Vereine noch Lokalzuschläge einführen, wenn sie gesunde Finanzen haben wollen. Nun ist ja auch in Coblenz viel Neigung für den 45 Pfg.-Beitrag, aber die das befürworten, sind alles alte Mitglieder, geschulte Kämpfer, politisch organisiert, Leser der Arbeiterpresse. Das ist etwas andres, aber wir müssen mit dem Nachwuchs rechnen. Was uns fehlt, das sind mehr Männer mit klugem Kopf, mit mutigem Herzen und mit Klassenbewußtsein erfüllt. Mit den ersteren erreichen wir am schnellsten in punkto Verbesserung unsrer wirtschaftlichen Lage einen energischen Ruck nach vorwärts!

Chr. Vogelmann, Coblenz.

Organisationsfragen.

XI.

Einige Anträge zwingen mich, noch in letzter Stunde zur Frage der Organisation Stellung zu nehmen. Die Anträge 15 und 89 fordern, daß Württemberg vom dritten Agitationsbezirk losgelöst und dem vierten Bezirk angegliedert werde. Be-

gründet werden diese Anträge damit, daß Württemberg von Frankfurt a. M. aus nicht erfolgreich bearbeitet werden könne. Bereits bei der letzten Teilung dieses Gebietes, Generalversammlung 1907, ist vom Kollegen Kaiser-Frankfurt a. M. darauf hingewiesen worden, daß die Gebiete, welche der Antrag 89 losgelöst haben möchte, an den vierten Bezirk übergehen. (Siehe Protokoll Seite 135.)

Wie liegen nun die Verhältnisse? Da gestehe ich nun ohne Rückhalt, daß Württemberg von der Tätigkeit des Beamten des dritten Bezirks wenig Nutzen hat, auf alle Fälle stehen die Erfolge nicht im geringsten im Einklang mit den Mitteln, welche Stuttgart nach Frankfurt a. M. abführt. Fern liegt es mir, diese Erfolglosigkeit auf die Tätigkeit des betreffenden Beamten zurückzuführen, sondern sie ist gegeben durch die große Entfernung dieses Gebietes vom Sitz des Agitationsvorstandes. Diese Gründe veranlassen mich, den Grundgedanken des Antrags 15 zu unterstützen, nämlich die Trennung vom dritten Bezirk.

Bin aber nicht einverstanden mit dem Antrag 89 und der Schlußfolgerung von 15, nämlich daß wir an den vierten Bezirk angegliedert werden sollen. Alles das was für eine Abtrennung vom dritten Bezirk spricht, gilt gegen einen Anschluß an den vierten Bezirk, auch dann, wenn unter Umständen der Sitz des Beamten des vierten Bezirkes nach Stuttgart verlegt würde.

Der einzige Ausweg, um allen Beteiligten gerecht zu werden, ist die Gründung eines neuen Bezirkes, welcher nur Württemberg umfassen würde. Die Stuttgarter Kollegen wären in der Lage, mit dem Gelde, das sie pro Jahr an den Agitationsbezirk abliefern, die ganze Agitation selbständig und großzügiger zu betreiben, als dies seither der Fall war. Als selbstverständlich setze ich voraus, daß die Gefahr, einen Beamten anstellen zu müssen, in absehbarer Zeit nicht vorliegt.

Der Gesamtorganisation werden also keine Kosten durch diese Regelung erwachsen. Dieser angegebene Weg allein ist der richtige, um die Agitation in Süddeutschland erfolgreich zu betreiben. Einen Anschluß an Bayern bekämpfen wir ganz entschieden, dem Zwange dazu werden wir die größte Opposition folgen lassen. Andererseits ist es selbstverständlich, daß unter den gegebenen Umständen wir ein Verbleiben im dritten Bezirk nicht mehr für wünschenswert erachten.

Die Bezirksleitung hätte die Aufgabe gehabt, wenn sie den Anspruch auf kollegiales Arbeiten mit uns erhebt, uns von diesem Wunsche in Kenntnis zu setzen, sintemal der Beamte vor ganz kurzer Zeit sich einige Tage in Württemberg aufgehalten hat. Daraus ergibt sich für jeden denkenden Kollegen, daß nicht mit Unrecht, wenn der nachträgliche Antrag Stuttgart und der Antrag 15 abgelehnt werden sollte, wir die Tätigkeit des Beamten des dritten Bezirkes mit Mißtrauen betrachten. Der Generalversammlung empfehle ich, die Lostrennung Würtbergs im Interesse der Gesamtorganisation gutzuheißen, dagegen aber die Angliederung an den vierten Bezirk abzulehnen. Dagegen Schaffung eines neuen Bezirkes, welcher nur Württemberg umfaßt, ist mein Wunsch, welcher von den württembergischen Kollegen unterstützt wird.

Zum Schluß will ich noch einige Anträge beleuchten. Sämtliche Anträge, welche zur Presse gestellt sind, müssen abgelehnt werden. Es ist nicht angängig, den Inhalt des Organs zu verkleinern, wie es der Antrag 8 will; im Gegenteil muß dafür Sorge getragen werden, den Inhalt immer mehr auszubauen. Hier schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Albrecht in No. 28 voll und ganz an, nur habe ich den Wunsch, es möge geprüft werden, ob es nicht möglich ist, der Besprechung von Literatur größere Aufmerksamkeit zu schenken, als dies bis jetzt der Fall war. Durch diese Besprechung würde auch den Bildungsbestrebungen große Dienste erwiesen. Ich sage, unser Organ steht auf der Höhe der Zeit, jede Verkleinerung des Umfangs könnte nur auf Kosten des Inhalts geschehen und das muß vermieden werden.

Unannehmbar ist auch der Antrag 90.

Wie oft wird, nicht mit Unrecht, gesagt, daß die Hauptvorstände der einzelnen Gewerkschaften zu wenig Fühlung mit der Masse haben. In diesem Sinne begrüßt ein großer Teil der Arbeiterschaft den Grundgedanken des Artikels der Leipziger Volkszeitung betreffend Metallarbeiterverband und ich bedaure nur, daß unsere Redaktion, nachdem sie einen Teil dieser Ausführungen wiedergibt, nicht auch den Hergang geschildert hat, welcher zu diesem Artikel die Veranlassung gab. (Wir haben uns in der letzten Rundschau gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“ nur dahin ausgesprochen, daß wir gegen derartige Stillübungen protestieren. Um den Grundgedanken handelte es sich dabei nicht,

obwohl wir ausdrücklich bemerken wollen, daß auch bezüglich des Grundgedankens in diesem Falle für die „L. V.“ kein Anlaß zur Kritik vorlag. Wir empfehlen, den Verlauf der Sache im „Correspondenzblatt“ zu verfolgen. D. R.) Die Fühlung der Hauptvorstände einschließlich der Redaktion mit der Masse und den Bedürfnissen der Mitglieder kann nur aufrecht erhalten werden, wenn diese Kollegen von Zeit zu Zeit selbst draußen in der Agitation sind.

Einer Verminderung der Beamten möchte ich nicht das Wort reden, nachdem sie einmal vorhanden sind und Arbeit, wenn sie wollen, genügend haben; während andererseits jede Neueinstellung nicht abhängig sein darf von der Arbeit, die zu leisten ist, sondern von der Frage, ob das betr. Gebiet denselben besolden kann und zwar nach der Stuttgarter Skala. Damit will ich auch gesagt wissen, daß der Antrag 86 nicht angebracht ist, nachdem im Jahre 1907 diese Frage geregelt wurde.

Grundsätzlich begrüße ich alle Anträge, welche den Angestellten des Verbandes nur beratende Stimme geben wollen; es ist dies keine Rechtmachung der betr. Kollegen, sondern entspricht dem Umstande, daß sie im Verhältnis zu den Delegierten, die noch im Berufe tätig sind, eine Minderheit bedeuten. Außerdem sind sie eben die Organe des Verbandes, welche die Aufgabe haben, die Anordnungen zu erfüllen, welche die gewählten Vertrauensmänner der noch in Arbeit stehenden Kollegen im Interesse des Verbandes für wünschenswert erachten.

Eine große Aufgabe erwartet die Abgeordneten; diese zu erledigen im Interesse der Gesamtorganisation, das ist unser aller Wunsch.

Chr. Schäfer, Stuttgart.

XII.

Einen sehr beachtenswerten Vorschlag macht Kollege Dähn-Dortmund, nämlich agitatorisch und organisatorisch befähigte Mitglieder nach dem Osten zu verschieben, und denselben einen Zuschuß zum Lohn zu geben, der entweder von der Gau- oder von der Hauptkasse zu bestreiten ist. Auf solche Art und Weise kommen ja die meisten Neugründungen zustande. Wenn ich nicht irre, wurde 1906, als ich in Hamburg tätig war, vom ersten Bezirk ein gleiches Verfahren geübt, und soweit mir bekannt mit gutem Erfolg. Die Frage ist nur, ob sich genügend Kollegen finden, die bereit sind ins Junker-Eldorado zu gehen, und vor allen Dingen, ob sie ausharren.

Kollege Busch-Hamburg macht den Vorschlag, die Zeitung einmal vier- dann achtsseitig erscheinen zu lassen, um die Herstellungskosten zu ermäßigen. Dem kann ich nicht zustimmen. Grade die Zeitung ist eine wertvolle Waffe bei der Kleinarbeit. Schon mancher Kollege hat uns bekundet, daß ihm durch die Zeitung erst ein „rechtes Licht aufgegangen“ sei. Schlechteres Papier wird ebenfalls schwer zu verwenden sein. Das Ganze wäre Sparsamkeit am falschen Platz.

Ein Antrag Dresden fordert Staffelbeiträge, übrigens das Gerechtteste was es im Beitragzahlen gibt. Als Vorbedingung gehören dazu aber mehr Tarife, nur dann können die Staffeln richtig wirken. Wenn durch Tarife genau festgelegt ist, was ein Kollege verdient, kann man die Beiträge mit vollem Erfolg staffeln. Kollege Otto schlägt nun gar fünf Staffeln und fünf Unterstützungssätze vor. Das ist des Guten ein bißchen zu viel. In einer Organisation mit 5000 Mitgliedern fünf Klassen zu schaffen, das hieße mehr Arbeit an den Haaren herbeiziehen und Verwirrung und Dezentralisation schaffen.

Große Industrieverbände haben ja nur vier bis fünf Klassen. Ich muß aber anerkennen, daß der Grundgedanke des Kollegen Otto recht brauchbar und gut ist. Der Antrag sucht allen Situationen und Bedürfnissen gerecht zu werden, die etwa auftauchen könnten. Bin aber der Meinung, daß die „Fünfstaffelzeit“ noch nicht da ist, damit können wir ruhig noch einige Geschäftsperioden warten. Mit den Beitragsklassen gehört die Sache überhaupt etwas großzügiger angefaßt, als wie dies bis jetzt zum Ausdruck gekommen ist. In die erste Klasse (30 Pfg.) kommen weibliche und jugendliche Mitglieder, Binderinnen, Gutsrägner und rückständige Lohngebiete (Quedlinburg, Erfurt, Ostelbien), in die zweite Klasse unser ganzes Organisationsgebiet mit Ausnahme der nachfolgenden Städte, das wäre die große Masse zu einem Beitrag von 35 bis 40 Pfg. In die dritte Klasse, 45 Pfg.-Beitrag, kommen Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, München und Berlin. Letztere haben alle einen Wochenlohn von über 20 bis 21 Mk. So wären die Lasten richtig verteilt.

Diese Städte allein verkauften 1908: 108 292 Beitragsmarken, $108\,292 \times 5 = 541\,4$ Mk. Mit den weiteren Ersparnissen hätte dann die Hauptkasse ein Mehr von 8—9000 Mk. Nun sollen infolge schlecht entlohnter Stellung, teilweises Aussetzens nicht alle in der Lage sein, 45 Pfg. zu zahlen, nehme

ich wieder 10 Proz. weg, bleibt auf alle Fälle ein Mehr von 4800 Mk. mit sonstiger Ersparnis 7800—8000 Mark. Das wäre eine Finanzreform, die auch in Wirklichkeit, nicht nur auf dem Papier, die benötigte Summe reichlich einbringt.

Den Zweigvereinen ohne Beamten sollen nur 15 Proz. der Einnahme bleiben, das ist entschieden zu wenig. Coblenz z. B. hat heut ein großes Gebiet zu bearbeiten. Es ist ganz unmöglich, nach Bestreitung der notwendigen Kosten, noch etwas in der Lokalkasse zu behalten. Dagegen wären 20 Proz. angebracht. Die kleinen Vereine müssen die Streikgelder mit aufbringen, können selbst vorläufig aber noch an keinen Streik denken, es wäre daher nicht mehr als recht und billig, wenn ihnen einige Prozent mehr verblieben, die zum Anschaffen resp. Ausstattung der Bibliothek verwendet werden können. Vorsitzende der kleinen Zahlstellen, auf den Plan, heraus mit Euren Vorschlägen, aufgedeckt wo es fehlt, jetzt ist es Zeit, bis jetzt haben sich in der Zeitung nur Kollegen aus Großstädten hören lassen. Hoffen wir, daß die Delegierten alle lokalen Sonderinteressen hintenansetzen, Beschlüsse fassen, die den Verband kräftigen nach innen und außen, unsre Waffen schärfen, ihn einem schönen Aufschwung entgegenführen, zu Nutz und Frommen aller arbeitnehmenden Gärtner Deutschlands!

Chr. Vogelmann, Coblenz.

Zur Privatgärtnerfrage.

Schon seit Wochen wird in unserm Organ die Privatgärtnerfrage ventilert. Ich glaube meine Erfahrungen nicht für mich behalten zu sollen, wenn ich der Organisation auch nur den geringsten Dienst leisten kann. Ich bin nun bald drei Jahre als Privatgärtner tätig und habe auch regen Verkehr mit verheirateten, selbständigen Privatgärtnern. Ich muß der von Kollege Albrecht vorgeschlagenen und von den Kollegen Steinberg und Treumann befürworteten Klassenscheidung ebenfalls das Wort reden, weil wir damit vorläufig am weitesten kommen. Wenn wir hier bei den in Betracht kommenden Herrschaftsgärtnern für unsere Organisation Propaganda machen, so wird uns gewöhnlich die Antwort: „Soll ich mich denn unter die jungen Leute setzen?“ Dann ist den Kollegen unser Verband zu sozialistisch. Außerdem hätten sie nichts von der Organisation, hätten eine „gesicherte Existenz“ und brauchten nicht zu streiken. Wofür denn nun das Geld bezahlen?

Der erste Einwand mag ja noch hingehen, die zweite Äußerung beweist uns nur, daß die Herren sich noch nicht die Mühe genommen haben, unser Programm gründlich zu studieren. Ferner verstehen die Kollegen nicht, sich der heutigen Zeit, dem Zeitalter der Organisationen anzupassen und einer neuen Zeitströmung Rechnung zu tragen. Dann ist der Satz, daß die Organisation ihnen nicht genug bietet einfach hinfällig, denn grade dadurch, daß die Kollegen der gewerblichen Gärtnerei durch ihre Aktionen die Löhne in die Höhe schrauben, profitiert indirekt der Privatgärtner, denn er hat es ja leicht durch Hinweis auf die von Erfolg gekrönten Verbesserungsbestrebungen der gewerblichen Gärtner Zulage zu erlangen. Ist der Kollege in seinem Fach tüchtig und zuverlässig, so enden seine Vorstellungen gewöhnlich mit einem positiven Ergebnis, weil eben der Privat-, namentlich aber der Villengärtner, neben seiner regulären Arbeit noch allerlei kleine Nebenbeschäftigungen und Besorgungen zu verrichten hat, die die Herrschaft nur dem überträgt, der sich schon bewährt hat. Überall ist zu beachten, daß da, wo die Gehälter in der Gewerbe- und Gärtnerei niedrig sind, dieselben auch in den Privatbetrieben unzureichend sind. Außerdem ist der Privatgärtner lange nicht so der Arbeitslosigkeit ausgesetzt, wie der gewerbliche Gärtnergehilfe. Hier in Coblenz und nächster Umgebung mögen etwa 30 bis 35 Privatgärtner tätig sein, wovon knapp ein Drittel bei uns organisiert ist, voriges Jahr hatten wir die Hälfte dieser Kategorie bei der Fahne. Ohne die Privatgärtner wäre es uns garnicht möglich, den Zweigverein Coblenz zu halten, nicht etwa, weil sie den größten Prozentsatz stellen, sondern weil diese seghafter sind wie die Handelsgärtnerkollegen. Die Ämter sind in den Händen der Privatgärtner, die tüchtigsten Agitatoren befinden sich unter ihnen. Wir haben daher allen Grund, dieser Branche unsre Aufmerksamkeit zu schenken. Steckt doch da auch mehr Rekrutierungsmaterial als mancher ahnt. Nur möchte ich vor allzugroßem Optimismus warnen; selbständige Privatgärtner, denen Personal unterstellt ist, werden wir wenig bekommen. Ich muß bei dieser Gelegenheit einmal betonen: Wer sind denn die, die unsre Kollegen zum Austreten aus dem Verein veranlassen und wenn die Mitglieder fest bleiben, ihnen die Stellung verkehren, uns gesellschaftlich „schneiden“, den Prinzipalen bei Terrorakten sekundieren und

uns über die Achsel ansehen? Das sind gewöhnlich die Leiter der größeren Privat- und Kommunalbetriebe. Das ist notwendig einmal zu sagen. Sektionen für selbständige betriebsleitende Kollegen größerer Privatgärtnerei können nach meiner Ansicht doch nur in Großstädten, Kur- und Badeorten, Sommerfrischen, Villenkolonien usw. lebensfähig sein. Lassen wir die Kollegen sich mit dem Gewerkschaftsgedanken erst richtig vertraut machen, neue Erscheinungen und Momente werden zu Tage treten, die wir dann wieder zweckentsprechend verwerten. Die nichtselbständigen Privatgärtner schließen sich wie seither der am Orte bestehenden Zahlstelle an. Sind sie in beträchtlicher Anzahl vorhanden, so eröffnen sie nach Bedarf in Branchenversammlungen ihre eigenen Angelegenheiten. Auf Wunsch haben selbstredend auch die gewerblichen Kollegen, sowie die selbständigen Privatgärtner Zutritt, denn je größer eine Versammlung um so mächtiger und nachhaltiger wirkt sie auf den Neuling. Daß aber die selbständigen Kollegen nur einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. entrichten sollen, damit kann ich mich nicht recht befreunden. Diese Kollegen werden so entlohnt, daß sie den 40 bis 45 Pfg.-Beitrag ohne Opfer bringen können. Muß es der ärmere Handwerker, dann kann es der selbständige Privatgärtner erst recht. Verständlich wäre mir eine solche Maßnahme nur, daß sich die Organisation bei niederem Beitrag eher Eingang verschafft.

Chr. Vogelmann, Coblenz.

Zur Lage der Gutsgärtner.

Ein Mitglied schreibt uns: „Im Herbst 1908, nahm ich die hiesige Gutsstellung an, mit der Verpflichtung einen Lehrling zu halten. Es war mir aber, trotz der größten Mühe, die ich mir gab, nicht möglich, einen Lehrling zu bekommen. Ich erhielt deswegen einen Arbeitsburschen von den Dienstleuten zugewiesen. Das ging bis heute (Ende Juni 1909). Nun nach dreiviertel Jahr kommt der Gutsherr auf der Gedanken, seinem Gärtner nicht das ganze Deputat zu zahlen, sondern ihm einfach — wegen Nichthalten des Lehrlings — etwas abzuziehen, nämlich einen Kasten Kartoffel und einige Scheffel Roggen. Muß ich mir das gefallen lassen? — Meine Vertragsbedingungen ersehen Sie aus dem hier beigefügten Briefe, den ich seinerzeit von dem Gutsherrn erhielt.“

Der zuletzt erwähnte Brief lautet:

„Anbei übersende ich Ihnen, was Sie an Deputat erhalten. Genügt Ihnen dies, so bitte ich um umgehende Antwort. Bares Gehalt 200 Mark, 10⁰/₁₀ Tantième vom Verkauf, abzüglich bare Auslagen für Sämereien.

26 Scheffel Roggen à 80 Pfund,
2 „ Gerste à 70 „
2 „ Erbsen oder Roggen,
4 „ Hafer à 50 Pfund,
75 „ Kartoffel,

1 Merzschaf ohne Fell
10 000 Torf,

1 Kuh und 2 Schafe futter- und weidefrei.

Der Bursche erhält im Sommer 50, im Winter 40 Pfg. Tagelohn. Lehrgeld steht Ihnen zu.

30 Quadratruten Leinen- oder Kartoffelland.
45 Quadratruten Kartoffelland. 2 Fuhren Strauchholz. Arzt frei.

Passen wir zueinander und sind Sie tüchtig, so lasse ich Sie gern mehr verdienen. Sie werden wohl gesehen haben, daß der jetzige Mann nicht einen Pfennig verdiente.

P. S. Können Sie sich nicht gleich eine Kuh halten, so gebe ich etwas Milch.“

Die Rechtsstreitfrage bezüglich des Lehrlings mußten wir dahin beantworten, daß, wenn der Lehrling von dem Gärtner beköstigt werden sollte und der nun dafür gestellte Arbeitsbursche diese Beköstigung nicht erhält, gegen die vorgenommene Verringerung des Deputats nichts zu machen ist.

„Christliche“ Verleumder am Pranger!

Mit welchen Mitteln die Mitglieder und „Führer“ des „christlich“-nationalen Deutschen Gärtnerverbandes gegen unsere Organisation und deren Leiter arbeiten, ergab sich heute wieder mal vor dem Schöffengericht zu Duisburg. Die „Christlichen“ Störfling, Zachen und Crämer hatten in ihrer Versammlung unsern Mitgliedern gegenüber den Vorwurf erhoben, bei uns wäre auch nicht alles ganz sauber. Der Hauptvorstand hätte aus der Kasse 200 Mk. entwendet und Kollege Link-Düsseldorf hätte diese erhalten, um damit eine Hochzeitsreise zu machen. Man weiß wirklich nicht, soll man

sich über die Dummheit oder die Frechheit einer derartigen Verleumdung mehr wundern.

Bei der Erklärung über die zugestellte Klageschrift behaupteten die Angeklagten, eine derartige Behauptung nicht gemacht zu haben und ersuchten um Abweisung der Klage. Wenn dem Letzteren nicht stattgegeben würde, erklärten sie sich bereit, Wahrheitsbeweis für ihre Behauptung zu erbringen, und führten dafür neun Zeugen ins Feld. Vor Gericht kam es jedoch anders. Da wollte man absolut nichts Böses gemeint haben. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurden alle drei Angeklagten zu je 30 Mk. Geldstrafe eventl. drei Tagen Haft und zur Tragung der Kosten verurteilt, sodaß wohl etwa 200 Mk. herauskommen dürften. „Womit man sündigt, wird man gestraft“, sagte mein Dorfschulmeister. Die 200 Mk., die der böse Link verprät haben sollte, müssen die armen „Christen“ jetzt selbst verpulvern und das ist bei ganzen 900 Mk. Kassenbestand etwas ganz Erkleckliches.

Doch Scherz beiseite. Diese Verhandlung läßt uns einen Blick tun in die ungemein niedrige Kampfweise der sogenannten „Christlichen“. Ehrliche Agitationsmittel haben sie nicht zur Verfügung, um dem aufblühenden Gegner im Rheinland eins auszuwichen, greifen sie zu haltlosen Verleumdungen und richten ihre vergifteten Pfeile besonders gegen den verhaßten Link. Schon einmal haben wir stillschweigend ihre Sünden verziehen. Erst im vorigen Jahre tat in einer Cölnener Versammlung der „christliche“ Führer Casp. Mohr den Ausspruch, unser Geschäftsführer nehme bei der Abrechnung Schiebungen vor, um unsern Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen. Wir haben im Interesse des Zusammenarbeitens in diesem Frühjahr in Berlin den Klageweg nicht beschränkt. Nun glauben die Herrschaften schließlich, die Allgemeinen wären vogelfrei. Hoffentlich ist ihnen vorläufig die Lust zum Verleumdern vergangen.

Man muß mit diesen sich „christlich“ nennenden Gärtnern des öfteren zusammengeraten sein, um den Fanatismus und den Haß zu ermessen, mit denen diese Gesellen uns bekämpfen, nichts von Christentum, noch weniger von Nächstenliebe. Der Zweck heiligt ihre Mittel, und ihr Glaubensgenosse Dr. Sigl kennzeichnete sie ganz vortrefflich indem er ihnen ins Stammbuch schrieb: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Link.

Fragekasten.

Frage 63: Habe ein ziemliches Quantum Erdbeeren, die seit 2 Jahren krank werden. Die Blätter werden schwarz, aschig, und die Pflanzen sterben nach und nach ab. Ungeziefer ist nicht zu sehen. Junge Pflanzen, die ich ausgepflanzt habe, sterben schon im ersten Jahre ab. An welcher Krankheit leiden die Pflanzen und was läßt sich dagegen anwenden?

Berichtigung. In der Antwort auf Frage No. 62 (Antwort letzte Zeitung) ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß heißen: Souv. de Claire, nicht Sav. de Claire. Weiter: Otoksa monstrosa, nicht Okoksa manbosa.

Rundschau.

Berlin, den 12. Juli 1909.

Verrufserklärung durch die Unternehmer ist straffrei! Das Reichsgericht hat letzten wieder eine Entscheidung gefällt, die in Arbeiterkreisen sehr befremdend wirken muß. Die Sache datiert bis zum Jahre 1905 zurück und konnte jetzt erst durch die oberste Gerichtsstelle entschieden werden. Anlässlich eines Streikes in einer Berliner Metallwarenfabrik im Jahre 1905 sah der Prinzipal der bestreikten Firma, daß sein Lehrling sich mit den auf der Straße befindlichen Streikposten unterhielt; der Lehrherr nahm an, daß sein Lehrling den Streikposten Mitteilungen über Arbeitswillige mache. Er verbot ihm das und verwarnte ihn. Der Lehrherr glaubte jedoch eines Tages wieder die Beobachtung zu machen, daß der Lehrling ungeachtet des Verbotes dennoch mit Streikposten spreche. Er stellte deshalb den Lehrling zur Rede, der in Begleitung seines Vaters gekommen war, um das Lehrverhältnis zu lösen. Dabei soll nun der Lehrling gesagt haben: „Er sei froh, wenn er von ihm (dem Lehrherrn) fortkomme“. Das Lehrverhältnis wurde dann auch gelöst.

Der Unternehmer aber machte dem Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes von dem Verhalten des Lehrlings Mitteilung und bat „um zweckmäßige Behandlung der Angelegenheit“. Die Folge davon war, daß dem Lehrling — der übrigens kurz vor dem Auslernen stand und nunmehr als Gehilfe

galt — bei seiner Nachfrage um Arbeit auf dem Arbeitsnachweis bedeutet wurde, er möge sich zunächst bei seinem Lehrherrn wegen seines Verhaltens entschuldigen. Und als er das nicht tat, wurde es ihm unmöglich, Arbeit zu erhalten. Nur 2¹/₂ Tage konnte er in einer Kronleuchterfabrik Arbeit finden, um dann auch wieder entlassen zu werden. Er strengte nun gegen die Unternehmervereinigung und gegen den Leiter des Arbeitsnachweises Klage auf Schadenersatz und Aufhebung der über ihn verhängten Sperre an. Das Reichsgericht wies den Kläger mit seinen gesamten Ansprüchen ab. Begründend wurde im Urteil gesagt, daß der Arbeitsnachweisführer seiner Instruktion gemäß gehandelt habe, und selbst, wenn er der Überzeugung gewesen wäre, daß der Beschluß der Vertrauenskommission sachlich nicht begründet sei, hätte er sich eines Verstoßes gegen die guten Sitten nicht schuldig gemacht.

Gegen den Lehrherrn, dessen väterlicher Zucht der Lehrling unterstand, habe sich der Kläger durch den genannten Ausspruch einer schweren Verletzung schuldig gemacht; er habe sich nicht nur ungehorsam und unehrerbietig gegen seinen Lehrherrn benommen, sondern noch in einer sehr ernstesten Angelegenheit absichtlich die Interessen des Lehrherrn geschädigt. Unter diesen Umständen habe auch der Lehrherr mit seinen Maßnahmen nicht gegen die guten Sitten verstoßen.

Dieses Urteil wird um so unverständlicher, wenn man weiß, daß im Termin durch Zeugen festgestellt wurde, daß der Lehrling den Ausständigen gar keine Zuträgerdienste geleistet hat. Diese wichtige Tatsache, auf der doch eigentlich die Mitteilung des Lehrherrn an den Arbeitsnachweis und dann folgend die Verrufserklärung basiert, schob das Reichsgericht als anscheinend nicht erheblich beiseite, weil der Kläger nicht bestritten habe, sich einer Verfehlung schuldig gemacht zu haben, und daß er das ihm zur Last Gelegte nicht bestritten habe.

Von rein moralischen Grundsätzen aus scheint uns eine solche Beurteilung dieser Sache nicht gerecht. Viele Lehrlinge haben sicher den sehlichsten Wunsch, vom Lehrherrn wegzukommen, und wenn der Kläger in diesem Falle so unvorsichtig war, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen und seinen innersten Empfindungen beredten Ausdruck gab — zumal in einer unter dem unbegründeten Verdacht erzeugten begreiflichen Mißstimmung — so erscheint uns das nicht ein so schweres Vergehen. Zu beachten ist dabei noch, daß dieser ominöse Ausdruck bei Lösung des Vertrages fiel, der doch in Übereinstimmung beider Parteien gelöst worden sein muß. Jeder Mensch muß doch daher das Empfinden haben, daß dem jungen Menschen durch die Verrufserklärung seitens des Unternehmers und der Unternehmervereinigung auch rein sachlich Unrecht geschehen ist, ganz abgesehen davon, daß ein rein persönliches Zerwürfnis eines Unternehmers mit dem Arbeiter diesem nicht das Recht geben kann, den Arbeiter in Verruf erklären zu können, und ihn aushungern zu wollen. Wenn ein Arbeiter aus solchem Anlaß heraus über einen Unternehmer mit dem Erfolg die Sperre verhängte, daß der Unternehmer dadurch in Konkurs geräte, wie stände dann die Sache mit dem Schadenersatzanspruch?

Wie Landarbeiter in einer Domäne des Klerus Lohndifferenzen regeln wollen. In Wiwersheim im Kanton Truchtersheim im Unterelsaß, einem schwarzen Dorfe, schlug dieser Tage ein Knecht seinen Dienstherrn mit einem Prügel nieder, nachdem er alle Fenster im Bauernhofe zertrümmert hatte. Die Ursache des Exzesses waren Lohndifferenzen. Zu dieser Tat wird nun den „Straßburger Neuesten Nachrichten“ geschrieben, daß „solche Übeltäter mehr oder weniger das Opfer unverständlicher Verhältnisse sind“. Es ist in der Gegend üblich, daß das Gesinde von der Dienstherrschaft mit Unmassen von Spirituosen traktiert wird. Schon morgens früh bekommen kaum der Schule entlassene Dienstboten statt Suppe, Milch oder Kaffee etwa ¹/₂ Liter Schnaps, ältere sogar bis ³/₄ Liter. Den Tag über bekommen sie durchschnittlich pro Kopf noch ca. zwei Liter Wein, oder in Ermangelung dessen wieder ein entsprechendes Quantum Schnaps. Auch die Kinder werden vielfach zum Alkoholgenuß angehalten. Wie gesagt, das geschieht nicht in einer Gegend, wo die Sozialdemokratie einen großen Einfluß ausübt, sondern in einem streng katholisch gesinnten Orte. (Bei den Reichstagswahlen 1907 erhielt die Sozialdemokratie keine Stimme, der Demokrat eine und das Zentrum 58 Stimmen.)

Von Unterschlagungen in den freien Gewerkschaften und von ungetreuen Kassierern weiß nicht bloß die Reichsverbandspresse immer

wieder mit schmatzendem Behagen zu berichten, sondern auch in der ganzen übrigen arbeiterfeindlichen Presse wird möglichst jeder Hilfskassierer der Gewerkschaften an den Pranger gestellt, der ein paar Mark Verbandsgelder nicht ablieferte. In letzter Zeit hat nun die Meldung, daß der Metallarbeiterverband gedruckte Schuldscheinformulare habe, vermittelt derer sich die Schuldner zur ratenweisen Abzahlung der von ihnen unterschlagenen Gelder verpflichten, die Runde durch die Presse gemacht. Dabei wurde dann manche sittliche Entrüstung auch in jenen Kreisen ausgelöst, die über solche Dinge sich lieber ausschweigen sollten. Nicht nur die Reichsverbandspresse, sondern auch die gegnerischen Gewerkschaften machten die höhnische Bemerkung, daß das Vorhandensein gedruckter Scheine darauf schließen ließe, daß solche Sachen beim Metallarbeiterverband häufig vorkämen. So auch der Hirsch-Dunkersche „Regulator“. Festgestellt ist nun worden, daß im Jahre 1907 im Gewerkverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter von den Geldern der Hauptkasse 1224,99 Mk., von denen der Lokalkassen 1345,61 Mk., von der Krankenkasse 429,21 Mk. und von der Begräbniskasse 50,89 Mk. veruntreut wurden, also in einer Organisation, die damals rund 4000 Mitglieder zählte, wurden rund 3050,70 Mk. veruntreut. In dem ungefähr neunmal größeren Metallarbeiterverband sind dagegen im Jahre 1908 laut Abrechnung 8907,33 Mk. als veruntreut aufgeführt, also noch nicht dreimal soviel. Im Gewerkverein wird zudem kein Aufhebens von solchen Unterschlagungen gemacht. So pumpete einer seinen Arbeitgeber an, um das Manko zu decken, und blieb bei den Hirschen noch längere Zeit in Amt und Würden.

Die Einführung der gedruckten Schuldscheine im Metallarbeiterverband erklärt sich damit, daß der Vorstand darauf abzielt, den dem Verband zugefügten Schaden möglichst wieder zu ersetzen. Und da die Schuldner selten in der Lage sind, den ganzen Betrag auf einmal zu ersetzen, so werden sie zur ratenweisen Abzahlung verpflichtet. Damit wird das ungetreue Mitglied, das ja auch nicht immer aus Böswilligkeit Gelder veruntreute, sondern oftmals aus wirtschaftlicher Not, vor dem Gefängnis behütet; der Verband aber kommt zu seinem Gelde, während der Gewerkverein von den über 3000 unterschlagenen Mark nur 19,89 Mk. als zurückgezahlt buchen konnte.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, gehört das Vorhandensein von gedruckten Schuldscheinen nicht zu den Ungeheuerlichkeiten, zumal sich der Verband mit seinen zwei eigenen Druckereien die Bequemlichkeit des Drucks schon leisten kann. Diese Tatsache an sich läßt aber den Schluß von besonders starker Untreue der Kassierer in den freien Gewerkschaften nicht zu. Gewiß lassen sich diese traurigen Vorfälle nicht beschönigen, man muß aber anerkennen, daß die unterschlagenen Summen im Metallarbeiterverband bei seinen 436 Ortsvereinen und seinem überaus großen Heer von Unterkassierern und Hauskassierern und seinem 11½ Millionen-Etat nicht allzugroß ist, besonders aber in keinem Verhältnis zu den Unterschlagungen im Gewerkverein steht. Die Herren sind bei ihrer Schmähung also ein Opfer ihrer eigenen kurzen Gedanken geworden.

Der Idealzustand, den gewiß niemand sehnsüchtiger herbeiwünscht als die Verbandskassierer, nämlich, daß die Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsorganisation jeden armen Teufel so moralisch in der Gesinnung adelt, daß er sich nie an fremdem Gut vergreift, wird wohl leider vorläufig auch bei unsern Gewerkschaften so bald nicht eintreten.

Korrespondenzen.

Ulm a. D. Logiszwang in der Handlungsgärtnerei von Jakob Leidel sen., Neu-Ulm, Friedensstraße 6. Die für zwei Gehilfen zur Verfügung stehende Wohnung befindet sich im Keller, zu derselben führen sieben Stufen abwärts vom Hofraum aus; bei dieser Tiefe ist es keine Seltenheit, daß das Regenwasser bis an die Betten vordringt. Die Bude mißt in der Länge 4,02 m, Breite 2,67 m und Höhe 1,90 m, das macht einen Luftraum von 20,394 ccm. Diesem feuchten, dampfen Raum spenden zwei Fenster von je 0,30 m Breite und 0,65 m Höhe Licht; außer diesen befindet sich in der Tür noch ein Fenster von 0,44 m Breite und 0,48 m Höhe. Letzteres ist aber zerbrochen und voll Schmutz wie die beiden andern Fenster auch. Das Fenster rechts vom Eingang wird zur Dämpfung des Lichts mit allerlei Material verstellt.

So mangelhaft wie die Beschaffenheit des Zimmers ist auch die Einrichtung. Luxus braucht ein Gärtnergehilfe nicht zu haben, darum findet sich für zwei Gehilfen nur ein unsauberes kleines Waschbecken, ein schadhafter Stuhl, ein Tisch mit etwas mehr Quadratfläche als ein Nachttischchen. Mit Wasser wird der Tisch schon seit mehreren Jahren

nicht in Berührung gekommen sein, das beweist die dicke Kruste Schmutz, die hier aufgelagert ist.

Zur Aufbewahrung der bessern Kleider dient ein aus Brettern zusammengehaueener Kasten, dieser ist 1,65 m hoch, 0,92 m breit und 0,26 m tief. Als Abschluß ist ein Vorhang angebracht, als Rückwand dient die Wand des Zimmers mit 15 cm Entfernung.

Die Betten lassen alles zu wünschen übrig; die Strohsäcke sind als hart zu bezeichnen und kann sich der Inhaber nicht mehr erinnern, daß dieselben einmal aufgeschüttelt wurden. Der Wechsel der Bettwäsche findet sehr selten statt und strotzt diese vor Schmutz. 11 cm vom Bette entfernt steht ein Ofen und ist es als ein Glück zu bezeichnen, daß noch kein Feuer ausgebrochen ist. Vielfüßler sind natürlich auch vorhanden. Die Reinigung der Bude wird äußerst selten vorgenommen und dann auch nur mangelhaft.

Nach Aussage des Herrn Leidel hat die Neu-Ulmer Wohnungspolizei diesen Kellerraum als Wohnung für gut befunden. Wir machen hier den Vorschlag, Leidel und die wohlöbliche Kommission dort ein halbes Jahr einzuquartieren und uns später darüber zu berichten, ob hier gut zu wohnen ist.

—s—

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher: Amt 3, 5382, Vorsitzender: Georg Schmidt.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort, Strasse und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag, den 18. Juli der 30. Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 18. Juli bis 24. Juli 1909 fällig ist.

Die Pünktlichen.

— Für das zweite Vierteljahr 1909 haben bis einschließlich 13. Juli abgerechnet: Aachen, Berlin, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Cassel, Chemnitz, Cöln, Dresden, Duisburg, Elmshorn, Erfurt, Hagen, Halle, Hamburg, Hannover, Heilbronn, Herne, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Mühlhausen, München, Nürnberg, Rathenow, Regensburg, Solingen, Stettin, Stuttgart, Ulm, Weimar, Worms, Wilhelmshaven und Wiesbaden.

Zu den veröffentlichten Anträgen. Der Antrag 20, Berlin, ist irrtümlich aufgenommen worden. In der Versammlung der Ortsverwaltung Groß-Berlin wurde ein dahingehender Antrag abgelehnt.

— **Groß-Berlin.** Ortsverwaltung. In allen Bezirken findet in der nächsten Versammlung die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung statt. Zu der Versammlung ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. Die Beteiligung an der Wahl wird durch eine Wahlbeteiligungsmarke im Mitgliedsbuch vermerkt. Darum, auf in die Bezirksversammlung!

Die Einzelmitglieder erhalten ihren Stimmzettel per Post und senden denselben ausgefüllt zurück, resp. geben den Zettel im Büro ab.

Am Sonntag, den 18. d. M. findet eine Besichtigung des botanischen Gartens in Dahlem statt. Treffpunkt 2 Uhr nachm. Haupteingang Potsdamer Chaussee.

Donnerstag, den 29. Juli, abds. 8½ Uhr findet in Dräsel's Festsälen, Berlin, Neue Friedrichstraße 35, die Quartalsversammlung statt. Mitgliedsbuch resp. Karte ist mitzubringen, ohne dem kein Zutritt.

Bekanntmachung.

Für die Delegiertenwahlen zur Außerordentlichen Generalversammlung des Allg. Deutschen Gärtnervereins gilt das nachfolgende

Wahlreglement.

1. Die Agitationsbezirke werden, soweit dies erforderlich ist, laut § 27 der Statuten in besondere Wahlbezirke eingeteilt und wählen die auf sie entfallende Anzahl der Delegierten. Die Zahl der für jeden Wahlbezirk zu wählenden Delegierten sind auf den betreffenden Stimmzetteln angegeben. Ebenso wird die auf jeden Bezirk entfallende Zahl der Delegierten nochmals in No. 30 der Zeitung bekannt gemacht.

2. Die Wahl ist geheim und geschieht dadurch, daß auf dem vorgedruckten Stimmzettel soviel Namen unterstrichen werden als Delegierte zu wählen sind. Stimmzettel, auf denen mehr als die bestimmte Zahl unterstrichen wurden, sind ungültig. Stimmzettel, auf denen jedoch weniger Namen als zulässig unterstrichen wurden, sind gültig. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das seine statutarischen Pflichten erfüllt hat. (Siehe § 9 der Statuten.) Als Legi-

timations des Wählers gilt das Mitgliedsbuch resp. die Mitgliedskarte. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sein Mitgliedsbuch zur Wahlversammlung mitzubringen. Als Wahlliste gilt die Mitgliedliste.

Es entscheidet einfache Stimmenmehrheit, d. h. diejenigen sind gewählt, die innerhalb des Bezirks die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung geschieht durch den Hauptvorstand.

3. Die Wahlen müssen bis zum 2. August 1909 beendet sein und dürfen nur in den Versammlungen der örtlichen Verwaltungen vorgenommen werden. Die Mitglieder der örtlichen Verwaltungen sind verpflichtet, die kommenden Versammlungen pünktlich zu besuchen. Wer die Versammlungen nicht besucht, geht seines Wahlrechts verlustig. Eine Stimmenabgabe außerhalb der Versammlung ist unzulässig. Letzteres gilt auch für solche Mitglieder, die verhindert sind, gleichviel aus welchen Gründen, an der Wahlversammlung teilzunehmen.

Den Ortsverwaltungen, die Bezirksversammlungen eingeführt haben, bleibt es überlassen, ob sie die Wahlen in einer gemeinschaftlichen Versammlung oder in den Bezirksversammlungen erledigen wollen. Wenn in Bezirksversammlungen gewählt wird, ist es empfehlenswert, wenn möglich alle Bezirksversammlungen an einem bestimmten Tage abzuhalten.

Es wird den Vorständen jedoch zur Pflicht gemacht, darauf zu achten, daß kein Mitglied sein Wahlrecht doppelt ausübt. Als Zeichen der ausgeübten Wahl ist in dem Mitgliedsbuch resp. der Mitgliedskarte hinter dem Monat August das fünfte, leere Markenfeld mit einem Markenstempel zu versehen.

4. Zur Leitung der Wahl und Feststellung des Wahlergebnisses ist eine Wahlkommission von mindestens drei Mitgliedern zu wählen.

5. Nach Beendigung der Wahl hat die Wahlkommission das Wahlprotokollformular in drei Exemplaren auszufertigen und ist dieses von mindestens drei Mitgliedern der Wahlkommission und dem Vorsitzenden der örtlichen Verwaltungen zu unterzeichnen. Das Wahlprotokoll ist an den Hauptvorstand zu senden, eine Abschrift desselben an den Vorstand des Agitationsbezirkes; eine weitere Abschrift bleibt am Orte. An den Hauptvorstand sind auch sämtliche Stimmzettel einzusenden.

6. Das Material zur Wahl, Stimmzettel und vorgedruckte Protokollformulare wird in diesen Tagen von dem Hauptvorstand den örtlichen Verwaltungen zugestellt.

Wird in den Ortsverwaltungen bezirksweise gewählt, so hat der Vorstand der Ortsverwaltung das Material zu verteilen, einzusammeln, das Gesamtergebnis zusammenzustellen und an den Hauptvorstand abzusenden.

7. Die Einzelmitglieder wählen in dem für sie zuständigen Bezirk. Die betreffenden Stimmzettel werden denselben mit der Zeitungssendung am 24. Juli 1909 zugestellt. Die Stimmzettel haben die Einzelmitglieder dann umgehend an den Hauptvorstand einzusenden, auch diejenigen Einzelmitglieder, die ihre Zeitung von der Leitung des Agitationsbezirks erhalten. Die hier entfallenden Stimmen werden dann dem Wahlergebnisse der örtlichen Verwaltungen des betreffenden Bezirks zugezählt.

8. Die Wahlergebnisse müssen bis spätestens 3. August 1909, vormittags, in Händen des Hauptvorstandes sein. Später Einlaufendes kann nicht berücksichtigt werden.

9. Das Wahlergebnis wird vom Hauptvorstande in No. 32 der Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung bekannt gemacht. (7. 8. 1909.)

10. Dieses Wahlreglement ist nur für die Delegiertenwahl zur außerordentlichen Generalversammlung maßgebend. Örtliche Verwaltungen, die gegen dieses Wahlrecht verstoßen, gehen der in ihrem Bezirk abgegebenen Stimmen verlustig.

Der Hauptvorstand

des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Inhaltsübersicht zu No. 29.

Die politische Organisation der Arbeitgeber. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908. — Nachrichten eingelaufene Anträge zur Generalversammlung. — Zu den Generalversammlungs-Anträgen. — Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswezens. IX. — Organisationsfragen. XI. XII. — Zur Privatgärtnerei. — Zur Lage der Guts-gärtner. — „Christliche“ Vorleser am Pranger. — Fragekasten. — Rundschau: Vorkaufklärung durch die Unternehmer ist strafbar! Wie Landarbeiter in einer Domäne des Klerus Lohnunterschiede regeln wollen; Was die arbeiterfeindliche Presse von Unterschlagungen in Gewerkschaften berichtet und was sie nicht berichtet. — Korrespondenzen: Ulm a. D. — Allgem. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Feuilleton: Stefan von Gillenhop; Meyers Grosses Konversations-Lexikon.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemäße, alle Zweige der Gärtnererei betreffende, gründliche (192A+) wissenschaftliche Fach-Ausbildung

erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen

Gärtner-Lehranstalt Köstritz der stärkst besuchten höheren Fachschule für Gärtner.

I. Kursus für Gehilfen.

II. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.

III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.

IV. Kursus f. Obstbautechniker.

Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Der Herausgeber des Buches

Aus der Tiefe

ersucht alle Arbeiter und Arbeiterinnen jeder Art, welche in ihren Mußstunden vielleicht Gemälde, Zeichnungen, kunstvolle Handwerksarbeiten in Glas, Ton, Metall, Pappe, Holz usw. verfertigt haben, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Adresse: Adolf Levenstein, Berlin W., Neue Winterfeldstr. 36.

Ortsverwalt. Groß-Berlin.

Aus Anlaß der

General-Versammlung

findet am Sonntag, den 15. August, eine Dampferpartie mit Musik nach Restaurant Prinzengarten am Müggelsee statt. Abfahrt morgens 9 Uhr von Jannowitzbrücke, Restaurant Schultze. Da nur 350 Karten ausgegeben werden, empfiehlt sich sofortige Bestellung. Karten à 1 Mk. sind bei den Bezirksführern und im Büro der Ortsverwaltung erhältlich.

Freiwillige Gärtnereiversteigerung.

Das dem Herrn Arthur Fleck in Kamenz gehörige Gärtnereigrundstück Blatt 87 des Grundbuchs für Poppitz bei Riesa, Parzelle 94 des Flurbuchs für Poppitz, Brandkatasternummer 14D Poppitz, soll am 2. August 1909 nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Stadt Riesa“ in Poppitz (bei Riesa) durch mich freiwillig versteigert werden. Das Grundstück ist 96,9 Ar groß, hat 8260 Mk. Brandkasse und besteht aus Wohnung, zwei Gewächshäusern u. einem Japan, sämtl. mit Wasserheizung vers. (etwa 80 Frühbeefenster, gutes Gartenland, eigne Wasserversorg.) Es eignet sich auch z. Baustellen (a. d. Hauptstr. geleg.) Näh. Ausk. erteilt Herr Richard Fleck, Gärtnereibesitzer in Poppitz 28 B. (11E4) Riesa, den 7. Juli 1909. Rechtsanw. Hans Fischer, K. Sächs. Notar.

Alle Sorten Obst, Kartoffeln kauft ständig zu höchsten Marktpreisen Carl Westphal, Altona a. E. (1178/32) Landesprodukte

Gärtner oder Landwirte!

Wegen vorgerückten Alters verkaufe ich sofort oder später mein in der Kreisstadt Regenwalde geleg. ca. 8 Mrg. großes Gärtnereigrundstück mit allem lebenden und toten Inventar z. Preise von 30 000 Mk. bei 10 000 Mk. Anzahl. Vorhanden ist Wohnhaus, Stallung, Obstkeller, Flußbadehaus, klein. Teich, Springbrunnen, Frühbeefenster, selbsttätige Wasserleitung, ca. 130 gute Obstbäume, im besten, tragbaren Alter, einige 100 Frucht- und Ziersträucher, 75 m Front Bauplätze, unmittelbar an der bebauten Stadt, südl. Lage, la Gemüseboden, 2 Seiten bebaut Stadt, eine Seite Fluß, eine Seite Chaussee, wo nicht bebaut, ca. 2 m hohe 1 m breite Weißdornhecke. Regenwalde ist Kreuzungspunkt mehrerer Bahnlagen, direkte Verbindung mit Ostseebädern, Gärtnerei wird seit ca. 25 Jahren mit allerbestem Erfolg betrieben. Evtl. verkaufe auch geteilt. Gärtnerei ca. 3,3 Mrg. Größe M. 18 000 bei 8000 M. Anzahl. Off. erbitte an J. Zarth, Regenwalde, Besichtigung bei vorher. Anmeldung gern gestattet. [1180/30]

Unsre in (1159/31) Borgsdorf b. Oranienburg belegen Ländereien, bestehend aus ca. 25 Morgen Obst- u. Spargelplantagen, ca. 100 Morgen Ackerland nebst einem herrschaftl. Wohnhaus, Gärtner-Wohnhaus, Stallungen, Remisen u. Wirtschaftsgebäuden sind ganz oder geteilt per sofort unter günstigen Bedingungen zu verpachten. Näheres durch die Neue Boden-Aktiengesellschaft Berlin N.W., Mittelstr. 2-4, III.

S. Kunde & Sohn Dresden Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106. — Gegründet 1787. — Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge. Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung. Ober tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen. — Hauptkatalog steht kostenlos und prompt zu Diensten!

BREMER ZIGAREN! 300 Stück wirklich gute 5 und 6 Pfg.-Zigarren versende zum Preise von 12 Mk. franko Nachnahme. (1181/30) Wilhelm Kröger, Bremen 6.

Gärtnerei mit ca. 5 Morgen Feld, soll wegen vorgerückten Alters des Besitzers für den billigen Preis von 22 000 Mk. bei 10 000 Mk. Anzahlung sofort verkauft werden. Näheren Aufschluß gibt Emil Benicke, Bitterfeld, Burgstr. 13, I. Etg. (1182/29)

Eine modern eingerichtete Gärtnerei in zukunftsreichster Lage Rheinlands wegen starker Arbeitsüberlastung sofort unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen evtl. auch zu vermieten. Offerten unter Z. 100 an die Exped. dieser Zeitung (1183/30) 20-25 Morgen guter Ackerboden oder Gartenland mit kleinem Wohnhaus und Wasserversorgung. Nähe und Bahnverbindung mit Berlin mit Vorkaufsrecht zu pachten gesucht. (1185) Offerten unter S. F. 1575 an Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien Meyers Klassiker-Ausgaben Unabertroffene Korrektheit — Schöne Ausstattung — Eleganter Leinwandeinband

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Verkehrs-Lokale für Gärtner. (In dieser Rubrik kostet ein zweifelliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorausbezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)